

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis: Vierteljahr 7,50 M., monatlich 2,50 M., ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Normzeile ...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokratisches Berlin“.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 16. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Foch geht an den Rhein.

Paris, 15. Mai (Gadab.) Marshall Foch ist Donnerstag vormittag nach dem Hauptquartier an der Rheinfront abgereist, um die sofortige Durchführung von Zwangsmaßnahmen vorzubereiten, die im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland zur Anwendung kommen sollen.

Marshall Foch wird keine Gelegenheit finden, seinen Ruhm zu vermehren. Was zwischen Deutschland und der Entente noch ausgetragen ist, ist keine Angelegenheit der Generale mehr, sondern eine Angelegenheit der Völker, keine Sache der Gewalt, sondern eine Sache des Rechts, und der Ausgang wird nach unserer Überzeugung dem größeren Vorgänger Fochs, dem General Bonaparte recht geben, der da sagte, daß zum Schluß Ideen immer stärker als Kanonen sind.

Entente-Sozialisten nach Deutschland.

London, 15. Mai. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Einladung der deutschen Sozialisten an die alliierten Sozialisten, eine Delegation nach Deutschland zu senden, angenommen ist, Arthur Henderson, Wihant und Mikraal sind zu Mitgliedern dieser Delegation ernannt worden. Die Frage, ob sich die Delegation nach Deutschland begeben wird, hänge vollkommen von der Unterzeichnung des Friedens ab. Auch die amerikanische Arbeiterpartei in New York hat Henderson eingeladen, Amerika zu besuchen. Henderson wird sich dorthin begeben, um die Verfassung, die Methoden und das Programm der britischen Arbeiterpartei zu erläutern.

Die Kritik der französischen Sozialisten.

Paris, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der aus Amsterdam zurückgekehrte Arbeitervertreter Jouhaux bespricht in der „Bataille“ den Friedensentwurf und sagt: Kleinlicher Geist, Unverständnis internationaler Lage, imperialistische Grundzüge charakterisieren beim ersten Anblick den Friedensvertrag, wie er uns dargeboten wird. Er löst nichts auf, sondern verschlimmert die Lage. Dieses scharfe Urteil des erprobten Führers französischer Gewerkschaften ist umso bemerkenswerter, als derselbe „Bataille“ jüngst nach dem Frieden als gerecht bezeichnete. Jouhaux wird den Sozialistenführern berichten können, wie man im neutralen Holland über Clemenceaus Werk urteilt.

„Populaire“ hebt anlässlich der Ankunft der Deutschösterreicher in Saint-Germain die grobe Verletzung des Selbstbestimmungsrechts hervor, durch die den Österreichern unterzogen werden soll, sich Deutschland anzuschließen. Um diesen Anschluß zu verhindern, reiche Clemenceau die Hand dem christlichsozialen Reichskämmerer und dem Fürst Lichtenstein, den unmittelbarsten Schuldigen des Weltkrieges.

Der Empfang der österreichischen Delegation in Saint-Germain.

Basel, 16. Mai. Nach einer Pariser Meldung befindet sich die in Saint-Germain angelandene österreichische Delegation, besonders Renner, in fröhlicher Stimmung. Sie werden von der Bevölkerung sympathisch willkommen geheißen. Die französische Presse tadelt der Regierung an, schnellstens eine Verständigung mit den Österreichern herbeizuführen und den Anschluß an Deutschland definitiv zu verhindern. Lammasch hat vor seiner Abreise angeblich mit Trumbich ein Kompromiß abgeschlossen, worüber die italienische Presse hochgradig Nervosität zeigt. Der „Secolo“ droht, daß Italien in dem Falle, daß die Alliierten eine Konvention schaffen, gezwungen würde, bei Deutschland Unterstützung zu suchen.

Fofre wird zur Verantwortung gezogen.

Paris, 15. Mai. „Oeuvre“ zufolge hat sich Marshall Fofre vor dem parlamentarischen Ausschuss wegen so schwerwiegender Verfassungsverstöße zu verantworten, daß das Blatt sich fragt, ob nicht im Anschluß hieran seine Verurteilung in den Verfallstand folgen werde. Das Blatt wirft dem Marshall besonders vor, das Telegramm unterzeichnet zu haben, durch das Rumänien gezwungen worden sei, im ungünstigen Augenblick in den Krieg einzutreten.

Eine englische Flotte vor Memel.

Memel, 16. Mai. (Zit.) In den Gewässern von Memel kreuzt seit einiger Zeit eine englische Flotte. Ihr Erscheinen hat in der Bürgerschaft von Memel große Aufregung hervorgerufen, da man befürchtet, daß sie dazu bestimmt ist, Memel in den nächsten Tagen zu besetzen.

Neue Koalitionsregierung in Ungarn. Programmatiscbe Erklärungen.

Wien, 16. Mai. Meldung des Wiener Corr.-Bureau. Die Blätter melden aus Grad, daß sich dort am 5. Mai unter dem Präsidium eines Betters Michael Karolich, des Grafen Julius Karolich, welcher bisher politisch nicht hervorgetreten ist, eine Gegenregierung gebildet habe. Das Portefeuille des Ministeriums des Innern übernahm der frühere Generalkonsul Baron Julius Bornemissa, das des Kriegs General Solban. Die übrigen Portefeuilles übernahmen Grader Persönlichkeiten. Im Manifest der neuen Regierung bezeichnet diese als Hauptaufgabe, die durch den Bolschewismus angerichteten Schäden gutzumachen und die Herrschaft von Ordnung und Recht wiederherzustellen. Das Kabinett bezeichnet sich selbst als ein Uebergangskabinett, das nur so lange im Amte bleiben wolle, bis eine aus Vertretern aller Landesparteien hervorgegangene Regierung gebildet sein werde. Im Manifest wird schließlich betont, daß die Entente sowohl über die Konstituierung der neuen Regierung, als auch über die vorbereitenden Arbeiten dazu verständigt würde.

Gegen die Pressezensur im besetzten Gebiet. Protest der Waffenstillstandskommission.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat in Spaa Protest erhoben gegen die Maßnahmen der britischen Besatzungsbehörden in der linksrheinischen Besatzungszone, die den Zeitungen dieses Gebietes die ungehinderte Veröffentlichung der Friedensbedingungen, die Wiedergabe der unverkürzten Rede des Grafen Brodorff-Ranhaus in Versailles, sowie die Erklärungen des Reichspräsidenten und des Reichsministerpräsidenten nicht gestattet haben. Von der Rede Brodorff-Ranhaus durfte nur ein Auszug gebracht werden, der kein der Wirklichkeit entsprechendes Bild von der Rede gab. So kam es, daß die Zeitungen der britischen Besatzungszone als einzige in der ganzen Welt nicht in der Lage waren, die Rede Brodorff-Ranhaus in ihrem Wortlaut zu verzeichnen. Der Protest ersucht um sofortige Beseitigung dieses die dortige Bevölkerung auf äußerste erbitternden Zustandes, der mit den Bedingungen des Waffenstillstandes nicht in Einklang zu bringen ist.

Ausdehnung der französischen Streiks.

Genf, 16. Mai. (Zit.) Pariser Meldungen zufolge dauern die Streiks in Paris und den übrigen großen Städten Frankreichs trotz aller Maßnahmen der Behörden weiter fort. Am Dienstag haben in der französischen Hauptstadt große Kundgebungen der Streikenden stattgefunden, die durch Militär auseinandergedrückt wurden. Auch die Beamtenchaft wird mehr und mehr von der revolutionären Stimmung ergriffen. Bezeichnend dafür ist das Verhalten der Organisation der französischen Postbeamten, die beschlossen hat, sich der allgemeinen französischen Gewerkschaftsorganisation anzuschließen und die diesen Schritt durch eine Kundgebung für Jaurès geziert hat.

Pazifistische Protestkundgebungen.

Berlin, 16. Mai. Der Bund Neues Vaterland, die Deutsche Friedensgesellschaft, die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, die Deutsche Liga für Völkerverbund, der Deutsche Monistenbund und die Zentralkasse Völkerverbund betonen in einer Kundgebung, daß die Friedensbestimmungen das Ergebnis geheimer Verabredung sind, und daß mit der Geheimdiplomatie alle imperialistische Politik fest und fällt. Sie fordern nicht nur, daß über den Frieden, der den ungeheuerlichen aller Kriege beenden soll, verhandelt wird; sie fordern auch, daß diese Verhandlungen öffentlich sind. Die ganze Welt habe das Recht Dinge zu sein, wie über ihr Schicksal bestimmt wird, wenn sie schon dieses Schicksal in die Hand weniger Männer legen muß.

Polnische Annexionsabsichten gestört.

Paris, 16. Mai. (Reuters.) Der Rat der Minister des Auswärtigen wies das Ersuchen der polnischen Regierung um Zuweisung eines Teiles der deutschen Handelsflotte ab.

Ausbreitungen im oberschlesischen Streikgebiet.

Opole, 16. Mai. (Zit.) Auf der Charlottengrube bei Rybnik kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Streikenden und Grenzschutztruppen, wobei es zwei Tote gab.

Braucht Frankreich das Saarkohlenggebiet?

Von Otto Hue.

Gegenüber der in der französischen Regierungs- und Industriellenpresse mit Leidenschaft vertretenen Forderung, Frankreich müsse als Ersatz für die durch die Deutschen zerstörten nordfranzösischen Kohlengruben die Saargruben erhalten, muß von vornherein folgendes festgestellt werden: In dem von der revolutionären russischen Regierung veröffentlichten Geheimtelegramm Nr. 507 aus Petersburg an den russischen Botschafter in Paris, datiert vom 12. Februar 1918, ist bereits von dem „Wunsche Frankreichs“ (Ueberrmittlung dessen Vertreter Doumergue), ihm „nach Beendigung des jetzigen Krieges“ auch „eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern“, die Rede. Damals war aber eine Zerstörung der nordfranzösischen Kohlenzechen durch Kriegshandlungen noch nicht eingetreten. Ferner ist in der Note Nr. 26 des russischen Auslandsministers vom 14. Februar 1917 an den französischen Botschafter in Petersburg auch dessen Forderung erwähnt, „daß das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarbeckens in das französische Territorium einverleibt würde!“

Aus diesen diplomatischen Aktenstücken erhellt unzweifelhaft, daß die französische Absicht, das Saargebiet zu annektieren, schon bestand, als die nordfranzösischen Kohlenzechen noch nicht annähernd in dem Umfang demontiert waren, wie dies nach dem Rückzug der deutschen Truppen im Jahre 1918 leider der Fall wurde. Ich habe mich bereits im Frühjahr 1915, gleich nachdem die alldeutschnationalen Annexionsabsichten auf Nordfrankreich, Belgien und Longwy-Briey ruchbar wurden, mit aller Entschiedenheit in Wort und Schrift dagegen gewandt; habe in der Folge immer wieder, auch im Parlament, gegen die annexionsistische Propaganda protestiert, die guten, auf natürlichen Verhältnissen beruhenden Beziehungen betont, die zwischen der französischen und der deutschen Bergwerks- und Süttenindustrie seit langem vor dem Kriege bestanden und auf dieser Basis eine Verständigung ohne jede Annexionsforderung. Zwar wurde ich deswegen von unseren Annexionsisten ziemlich unverblümt als „Interessenvertreter des feindlichen Auslandes“ denunziert, aber dafür habe ich heute um so mehr das moralische Recht, die Annexionsforderung des Saarbeckens zu bekämpfen als eine Maßregel, die Deutschlands tiefste Volkswirtschaft lebensgefährlich schädigt, überdies die französische Kohlennot nicht beseitigt und dem von uns akzeptierten Wilsonprogramm in der denkbar schärfsten Weise widerspricht.

Frankreichs Steinkohlenförderung belief sich 1913 auf 40,05 Mill. Tonnen, von denen etwa 27 aus den Bezirken Pas-de-Calais und Nord stammten. Einer Ausfuhr von nur 1,22 Mill. Tonnen stand eine Einfuhr von rund 20 gegenüber, wovon 11,25 aus England, 3,67 aus Belgien, 7,49 aus Deutschland kamen. Von dem französischen Kohlenverbrauch, der sich auf rund 60 Mill. Tonnen bemah, wurden aber aus dem preussischen Saargebiet nur 0,958 Mill. Tonnen importiert, während das Ruhrgebiet allein 2,12 lieferte (Mh.-Westf.-Kohlenindustrie). Das Saargebiet war somit an der Kohlenlieferung nach Frankreich nur in einem ganz geringen Maße beteiligt, trotz der geographisch günstigen Lage. Dafür sind wichtige technisch-wirtschaftliche Gründe entscheidend, die auch heute noch fortbestehen.

Der durch die Demontierung der nordfranzösischen Gruben entstandene einseitige Förderausfall wird von einem holländischen Autor auf 20 Mill. Tonnen jährlich beziffert. Ob das zutrifft, ist ungewiß; jedenfalls aber ist dieser Ausfall kein dauernder. Nach einigen Jahren kann er schon bedeutend geringer sein, da die Gruben wieder betriebsfähig gemacht werden sollen. Nehmen wir an, Frankreich benötigte alsbald wieder die Kohlenmenge von 1913 und hätte vorerst mit 20 Mill. Tonnen Minus im Norden zu rechnen, dann müßte es rund 40 Mill. Tonnen Steinkohlen einführen, wozu noch etwa 8 Mill. für Elsaß-Lothringen kämen. Diesen Bedarf kann es aus dem preussischen und polnischen Saargebiet bei weitem nicht decken! Dessen Kohlenförderung stellte sich 1913 nur auf 14 Millionen Tonnen, wovon natürlich der Selbstverbrauch noch abgeht.

Wären fehlten Frankreich, auch wenn es die ganze Saarförderung für sich verbrauchte und dazu die früheren

Mengen aus England und Belgien bezöge, immer noch zirka 14-15 Mill. Tonnen für seinen Inlandsbedarf. Nun tragen sich aber die französischen großkapitalistischen Montanindustriellen mit großen Plänen hinsichtlich der enormen Ausnutzung der lothringischen Eisenerzlager zwecks gewaltiger Erhöhung der Koks- und Stahlerzeugung. Man will die Eisenerzeugung, die 1913 schon 5,3 Mill. Tonnen betrug, rasch auf mindestens das Doppelte, wenn nicht auf das Dreifache erhöhen, wofür allerdings die reichen Eisenerzlager die notwendige Unterlage bieten. Geschicht dies jedoch, dann steigt auch der Koksbedarf um ein sehr Bedeutendes. Namentlich wächst dann der Bedarf an Sättenkohlen (Koks-kohlen, Koks) ganz gewaltig.

Hier wird aber das Saargebiet erst recht verlagert! Es besitzt nämlich nur im geringen Maße verlorene Kokssteine. Die ganze Koksproduktion des preussisch-sächsischen Saargebietes betrug 1913 nur 1,640 Mill. Tonnen, während Frankreich damals, um seine relativ geringe Erzebergbau durchzuführen, schon 3,070 Mill. Tonnen einführen mußte. Davon kamen allein 2,250 von der Ruhr. Selbst seinen Bedarf an Auslandskoks gleich 1913 kann Frankreich nicht entfernt aus dem Saargebiet decken. Von seiner eigenen Koksproduktion (1913: 4,037 Mill. Tonnen) kamen über 3 Mill. aus Nordfrankreich, von wo es einstweilen vielleicht nur ein Viertel beziehen kann. Will es sein Eisenbüttenwesen rasch in der gedachten Weise steigern, so würde sich sein Koksbedarf jährlich recht bald auf mindestens 14-15 Mill. Tonnen erhöhen. Diese Menge kann aber nur zu einem relativ kleinen Teile das Saargebiet liefern!

Die geringe Verwendbarkeit der Saarkohle für die Sättelkohlerzeugung wird augenfällig auch dadurch dokumentiert, daß die tatsächlich schon französische Direktion der Saarkohlengruben jetzt bedeutende Fördermengen von hier nach der Schweiz und nach Italien exportieren läßt, während für die lothringischen Sättelwerke aus dem Rh.-Westf. Revier Koks verlangt wird. Frankreich kann also die Saarkohle nur zum geringsten Teile für seine gewöhnliche und für die Verhüttung von Industrie gebrauchen, was in Frankreich längst bekannt ist; es hat trotz der geographisch günstigen Lage stets nur ganz geringe Mengen Saarkohlen verbrauchen können (1913 bei rund 60 Mill. Tonnen Kohlenbedarf nicht einmal eine Tonne Saarkohle) und dürfte daher auch zukünftig die von ihm annektierte Saarkohlenerzeugung zum erheblichen Teil als Exportartikel benutzen! Unter solchen Umständen kann doch nicht mit Recht behauptet werden, ohne die Saarkohle als Ersatz für die nordfranzösische könne die französische Volkswirtschaft nicht aufgebaut werden.

Deutschland wäre in der Lage, wenn es nicht durch einen Gewaltfrieden an Händen und Füßen gelähmt wird, der französischen Volkswirtschaft die nötigen Kohlen zu liefern, zu Bedingungen, durch welche auch der von uns anzuerkennenden Entschädigungsobligat gegenüber Frankreich Genüge geleistet würde. Insbesondere könnten wir uns bereit erklären, die französische Verhüttungsindustrie mit dem nötigen guten Sättelkoks (rheinisch-westfälischen) zu versorgen. Die Behauptung, die Annexion der Saarkohlengruben sei eine französische Lebensnotwendigkeit, ist also unzutreffend, zumal wenn man die seitens der Annexionisten in den Vordergrund gestellten Bedürfnisse der französischen Verhüttungsindustrie ins Auge faßt. Von diesem Tatbestand ausgehend muß die Frage, ob Frankreich die Annexion des Saargebietes vornehmen muß zum Aufbau und zur Entwicklung seiner Volkswirtschaft, glatt verneint werden. Deutschland wird sich nicht weigern, an Frankreich die erforderlichen Kohlen- und Koks mengen zu berechnenden Entschädigungsbedingungen zu liefern. Die Annexion des Saargebietes entspringt lediglich einem privatkapitalistischen Bedürfnis, das sich der chauvinistischen Revanchidee als Bsporn bedient. Der vorerwähnte russisch-französische Notenwechsel beweist dies zur Genüge.

Nimmt man hinzu, daß das Saargebiet ein rein-

deutsches Land von altersher ist, die auf das Saargebiet bezüglichen Teile des Friedensdiktats also eine neue internationale Gefahrenquelle erster Ordnung schaffen wird; zieht man ferner in Betracht, daß uns neben dem Saargebiet auch Oberschlesien, zusammen mit einem Drittel unserer Steinkohlenförderung (d. h. weit mehr als unser ganzer Steinkohlenexport in den besten Jahren betrug), daß uns ferner Lothringen mit über 70 Proz. unserer Eisenerzproduktion und das Elsass mit einem gewaltigen Teil unseres Kalialzvorkommens, daß uns weiter große lebensnötige landwirtschaftliche Produktionsgebiete im Osten, auch unsere Landesflotte verloren gehen sollen, dann muß man sich fragen, ob denn die Verfasser des Friedensdiktats auch nur einen Augenblick glauben können, ein so entsetzlich sabotierter Wirtschaftskörper sei noch lebensfähig, geschweige denn, daß die außerdem aufgestellten ungeheuerlichen Entschädigungsansprüche erfüllt werden könnten? Was uns, die wir ohnehin schon fürchtbar ausgepowert sind, von Versailles aus zugemutet wird, das können wir nicht erfüllen. Wer anders urteilt, täuscht sich selbst und die Welt. Eine wie immer erzwungene „Unterzeichnung des Vertrages“ könnte an dieser fürchtbaren Wirklichkeit auch nicht ein Jota ändern.

Die Unruhen in Stettin.

Stettin, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Ursachen der Unruhen in Stettin liegen in einer gewissen Erbitterung der ärmeren Bevölkerung darüber, daß die Lebensmittel sehr knapp und daß große Mengen von Fischen im Stettiner Hafen ausgeladen und ins Inland abtransportiert werden, wobei nach ihrer Ansicht die Stadt selbst zu kurz kommt. Das Aus- und Umladen großer Fischmengen vor der Offensivität hat große Unzufriedenheit erweckt. Bei dieser Gelegenheit kam es dann von Seiten Radikaler zu den ersten Plünderungen, die den Anstoß zu den ganzen Unruhen gegeben haben. Diese Plünderungen setzten sich in einzelnen Fällen auch in der Stadt fort, und bei dieser Gelegenheit kam es dann zu Zusammenstößen mit Truppen. Obwohl beabsichtigt worden war, die Verhängung des Belagerungszustandes möglichst zu vermeiden, mußte er doch verhängt werden, nachdem gestern Abend das Gefängnis gestürmt und Gefangene befreit worden waren. Der Belagerungszustand wurde vom Generalkommando heute Morgen verhängt. Das Generalkommando gab bekannt, daß außerdem Truppen von auswärts herangezogen werden sollen. In Stettin selbst ist die Bildung einer Bürgerwehr in Angriff genommen, die den Schutz der Stadt übernehmen soll. Der Arbeiterrat hat sich große Mühe gegeben und viel zur Beruhigung der Stadt erreicht. Die organisierten Arbeiter lehnen durchaus jede Gemeinschaft mit den Plünderern ab. Im wesentlichen waren an den Ausschreitungen nur Gesindel beteiligt. Man hat nicht den Eindruck, als ob es sich um einen sozialistischen Putsch mit politischen Zielen handelte. Auch heute Morgen ist es verschiedentlich noch zu Zusammenstößen und Plünderungen gekommen. Bei den Zusammenrottungen gestern Nachmittag sammelte sich eine Menge von einigen 1000 Leuten an, doch viele waren davon nur Reugierige.

Plünderungen des Mob.

Stettin, 16. Mai. Im Laufe des Nachmittags wurden in vielen Geschäften der Stadt Plünderungen verübt. Das Justizgefängnis in der Eisfabrikstraße wurde gestürmt. Ebenso wurden die von den Regierungstruppen in der Hauptwache untergebrachten Gefangenen aus den Straßenkämpfen gewaltsam befreit. Gegen Abend wurde der Bahnhof besetzt, weil das Gerücht verbreitet war, daß von außerhalb Regierungstruppen herangezogen würden. Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, um die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die Vertreter der Arbeiterschaft legten größten Wert auf die Feststellung, daß die Unruhen und Plünderungen vom Vöbel niedrigerer Sorte verübt wurden, der mit der Stettiner Arbeiterschaft keine Gemeinschaft hat. Die Stettiner Arbeiterschaft lehnt diesem Treiben geschlossen ablehnend gegenüber.

Es gab einen Nordschleswigtag, einen Frühlingsschöpfungstag, den humanen Frieden des Vektor Post galt, einen Rote-Kreuztag, der ein Glied in der mit künstlerischen, wissenschaftlichen, sportlichen und gewerblichen Veranstaltungen verbundenen Kultationswoche des dänischen Roten Kreuzes bildete, sowie einen Volksblumentag. Schon beginnt das liebe Publikum des Wohltuns müde zu werden, da die Tage diesmal zu schnell aufeinander folgten und man sich etwas Gedeihenzeit aufsparen will für den „Kinderblumentag“, der sich von jeder der größten Volkstümlichkeit erfreut. Es kann zugegeben werden, daß allerlei Gutes mit diesen Sammlungen erreicht wird, nur darf ihre soziale Wirkung nicht überhöht werden, wie es häufig geschieht. Die Hauptschwierigkeit bleibt die richtige Verwendung der einlaufenden Gelder, und letzten Endes verhält die anmutige Form das Argwöhnische, Nüchternen aller herkömmlichen Wohltuns. Wer von uns hat das Recht, sich als Wohlthäter zu fühlen, sich loszukaufen von sozialer Pflicht? Nicht dieses Sammeln, sondern die soziale Reformarbeit ist das Entscheidende. Die neue Zeit wird, früher oder später, alle „Wohltätigkeit“ im bisherigen Sinne beiseite; beziehend aber ist es für dänische Art, daß diese Blumentage in Dänemark so beliebt sind; ihre leichte, gefällige Form entspricht der helleren Lebensauffassung des Dänen, entspricht seiner guten Laune.

Ja, ist Kopenhagen nicht die Stadt der guten Laune! Im Frühlingabend natürlich noch mehr denn sonst. Und nun hat sie es angelegt, allerorten. Allerorten ist Frühling. Die „Café-restaurant“ sind eröffnet, nur im d'Angleterre, bei Bibel und im Daneglinie-Pavillon sieht man noch nicht draußen, weil es am Abend zu kühl ist und der große Verkehr im Freien sich darum noch nicht lohnt. Auch auf dem „Strøget“, dieser aus einer Straßenseite gebildeten Verkehrsader der Stadt zwischen ihren beiden bekanntesten Plätzen, Roobustpladsen und Kongens Nytorv, regiert der Frühling. An frohen, lachenden Menschen vorbei fährt mich mein Reg. Nur ein paar ganz vergessene machen nicht mit. Wie die Sonne die Schächter verhöhnt, aus den Augen strahlt Kraft und Lebensbejahung! Drüben das junge Model trägt seinen Schwanzweiz wie eine Fahne der Freude, und vor mir der elegante Herr in seinem Tailcoat wandelt wie ein Triumphtor dahin. In der Kleidung sind alle Jahreszeiten vertreten. Dort ein weißer Sommerhuh, hier Pelzwerk. In voller Pracht prangt der Blumenmarkt auf dem Coejbro-Platz.

Auf Köbenhaven aber ist der Kopenhagener Frühling draußen auf der Angelinie. Glatt und blank liegt unten der Sand, aber wir belüften sich lauter, wolkenloses Blau. Und an mir vorbei flutet die Menschenmenge, beglückt, heiter. Die französischen und englischen Kriegsschiffe auf der Reede sind von Reugierigen umlagert. Ein paar letzte Kopenhagenerinnen sind auf die Gehsteigebühnen geklettert, ein verstimmtes Schiffsklaviers Klumpert seine Weisen. Auf der Bank des Molenslopes sieht ein junges Paar, die Mäder stehen ans Gitter gefesselt. Er vielleicht 25 Jahre, sie 20. Weider Gesichter sind gekrönt und leuchten von Frische und Gesundheit. Sie plaudern, Aug in Auge und wissen nichts von der Welt um sie. Ein Strom von Kraft, Glück und Freude geht von den Beiden aus, sie sind in diesem Augenblick für mich das Symbol des dänischen Frühling.

Rätelkongress und Friedensfrage.

Der Berliner Vollzugsrat ist an den Zentralrat mit der Anregung herantreten, einen neuen Rätelkongress einzuberufen, der zu den Friedensbedingungen der Entente und der Frage der deutschen Politik ihnen gegenüber Stellung nehmen sollte. Der Zentralrat hat sich entschlossen, dieser Anregung zunächst nicht stattzugeben. Bestimmend für diesen Beschluß dürfte gewesen sein, daß die Festlegung der auswärtigen Politik Deutschlands Sache der allgemeinen Volksvertretung ist, ferner daß bei der gegenwärtigen raschen Entwicklung der Dinge der Kongress wohl zu spät kommen würde. Nach Meldung einer Berliner Lokal-Korrespondenz soll nun in der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte am nächsten Mittwoch eine Entschließung eingebracht werden, die den Zentralrat nochmals zur Einberufung des Kongresses auffordert.

Kautsky zur Einigungsfrage.

In der letzten Fraktions Sitzung der S. P. D.-Arbeiterräte, über die wir bereits berichteten, wurde u. a. auch ein Schreiben Karl Kautsky's zur Einigungsfrage verlesen. Es ist vom 12. Mai datiert und hat folgenden Wortlaut:

„Mein Brief vom 9. d. M. ist eben erst in meine Hände gekommen. Ich danke Ihnen für Ihre Einladung, kann mich aber nach reichlicher Ueberlegung nicht entschließen, ihr nachzukommen. Das könnte mich in das schiefe Licht bei meinen Parteigenossen bringen, ich äugelte hinter ihrem Rücken mit der S. P. D. und das würde der Sache der Einigung mehr schaden als nützen, da ihr größtes Hindernis wohl das gegenseitige Mißtrauen ist. Ich könnte aber auch für die Sache der Einigung kaum etwas tun, da ich im Begriff bin, eine größere Reise anzutreten, die mich, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse anders bestimmen, für längere Zeit von Berlin fernhalten dürfte.“

Vielleicht genügt es, wenn ich Ihnen hier meine Auffassung der Einigungsfrage vorlege. Eine Einigung ist meines Erachtens nur dort möglich, wo innere und politische Uebereinstimmung herrscht. Von diesem Standpunkt aus halte ich eine Einigung der drei Gruppen für unmöglich. Ich persönlich wäre für eine Einigung mit den Kommunisten nicht zu haben. Auf der anderen Seite könnte ich mich auch mit Kossel'scher einigen. Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation sehe ich nicht darin, daß die Arbeiterbewegung in drei Gruppen gespalten ist, sondern darin, daß diese drei Gruppen nicht mit den tatsächlich vorhandenen drei Richtungen zusammenhalten.

Vor dem Kriege bildete die Masse der Partei das, was man das marxistische Zentrum nannte. Das rechte und linke davon bestand, bestimmte nicht das Wirken der Partei, war nämlich der Stimme der Selbstkritik. Die Spaltung hat das marxistische Zentrum getroffen, zerissen, und damit zur Ohnmacht verurteilt, auf der einen Seite die äußerste Rechte, auf der anderen Seite die äußerste Linke oberhand gebracht. Die Hauptaufgabe scheint mir dahin zu gehen, die Elemente des Parteizentrums, die Rechte der U. S. K. und die Linke der S. P. D. wieder zusammenzubringen, die tatsächlich zusammengehören und die, wenn sie vereinigt sind, auch wieder die Masse um sich scharen und äußerste Rechte wie äußerste Linke auf jenes Maß reduzieren werden, indem sie nur noch kritisieren, nicht aber die Massenbewegung bestimmen können.

Heute sind die Elemente des Zentrums bei der U. S. K. wie bei der S. P. D. in einer falschen Position, machen eine Politik mit, die sie nicht billigen. Die diese Elemente einander zu nähern sind, ist mir noch nicht klar. Die praktischen Schwierigkeiten sind groß, sie können nur von den Praktikern in der Bewegung, nicht von den Theoretikern überwunden werden. — Auf keinen Fall hätte es einen Zweck, daß ich mich jetzt, kurz vor meiner Reise, für eine Aktion engagiere, an der ich dann doch nicht teilnehmen könnte; nach meiner Rückkehr werde ich eher zu haben sein.

Sie können von dieser Mitteilung jeden Ihnen beliebigen Gebrauch machen.

Mit Vorlegruß

gez. K. Kautsky.

Kopenhagener Frühling.

Von Hermann Die.

Das Vogelvolk hatte die Ankunft des erlauchten Geflecken lautsprechend angekündigt, und lange schon umwohlt Baum und Busch parigrüner Sauch, die Rosenkranzrosen vor meinem Fenster schwallen und schwallen vor Verlangen... aber immer wieder wurden wir enttäuscht. Und dennoch hat endlich nach den vielen Verheißungen mit doppelter Anbrunst begrüßt, der Frühling auch hier in Kopenhagen seinen Einzug gehalten, zunächst immer noch mit grimmigem Wind und kühlem Sonnenschein, nun aber mit sommerlicher Wärme. Ja, es ward Frühling und Sommer zugleich. Die Kasiane dehnt ihre kleinen, niedlichen Hände, und sie wachsen von Stunde zu Stunde und werden robust und gewickelt, und sehr will auch die Wunde nicht länger zurückbleiben. Festlicher, herausfordernd Jubel liegt in der Luft, wie ihn die Menschen zugleich, gemeinsam, in dieser elementaren Schwärze eben nur dieses eine Mal im Jahre empfinden, wenn sich das ewigwährende Aufstrebenswunder in der Natur vollzieht. Und in welchem Lande genießt man den Frühling heute so sorglos und besser wie in diesem glücklichen kleinen Reich, an dem der Krieg, trotz allen wirtschaftlichen Nöten, im wesentlichen vorübergegangen ist, ohne lebens- und seelische Wunden zu schlagen, wenn auch seine Wirkungen, innen- und außenpolitisch, hier wie überall nicht ausgeblieben sind und sich zum großen Teil erst noch fühlbar werden.

Der Frühlingsschöpfung und Vorboten gab es genug. Die Theaterjalousen vererbte, Kunstausstellungen und Rennbahn wurden eröffnet, der Rickus Schumann kam wie alljährlich im Luftboot, haben an der „Langelinie“ sah man in den ersten Malagen Segel- und Ruderboote auslaufen. Die Zahl der Koffer und Motorfahrzeuge steigt seit ein paar Wochen von Tag zu Tag. Und nun tut Tivoli, dieses Sommerhimmel dänischen Frühling, seine Porten auf. Am ersten Sonntag hat der Volksverein „Luffa“ in blühender Weise dem Sommer seine Guldigung dargebracht: Drei-hundert Kinder in malrischen Kostümen veranstalteten einen Mai-Festzug durch die Stadt, vom Frederiksberg-Schloß zum Rathaus, dessen Blumenbeeten mit Blumenlaub und Tanebrok-Föhnen geschmückt wurde, und von dort zum Stadion, wo Kollänge und Reigen aufgeführt wurden; zum erstenmal nahmen Kinder aus Nordschleswig an dem Zuge teil.

Der diesjährige dänische Frühling feiert im Zeichen des Aufstrebens. Besonders die Allge Berlin-Kopenhagen begegnen hartem Interesse. Das wirtschaftliche Leben der skandinavischen Reiche hat im Kriege einen gewaltigen Aufschwung genommen, große Kapitalien horren der Bewertung und Ausnutzung, so spielt die Frage des besten, geträumtesten Verkehrs-mittels für diese Länder eine besonders wichtige Rolle.

Neben den Allgen standen im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses wie seit Jahren die Blumentage, die von Dänemark aus auch in anderen Ländern so auch in Deutschland, Eingang gefunden haben. Ein Blumentag folgte diesmal dem andern.

Hier Frühling und Glück... und Deutschland? Auch dort hin kam längst der Frühling, auch dort tut er den Menschen wohl, und doch können sie seiner nicht froh werden. Dort bangt ein Volk um seine Zukunft, es lebt in furchtbare Ungewissheit, ob der Weiser ihm die Losesdankglocke nehmen wird. Und doch... und doch... mag die nächste Zukunft und bringen, was sie will; auch für Deutschland kommt ein Frühling, jung und schön und ohne Vorbild. Ich denke an das, was im vorigen Herbst, als die ersten Nachrichten vom Zusammenbruch des alten deutschen Reiches herüber gelangten, ein Töne zu mir sagte, ein Töne, der seit ein Freund Frankreich gewesen ist sich aber sein klares Urteil bewahrt hatte und sich des innerpolitischen Umsturzes in Deutschland herzlich freute: „Viel-leicht wird sich in einer Reihe von Jahren, vielleicht in zehn, vielleicht in zwanzig Jahren, herausstellen, daß Deutschland dennoch in diesem Kriege geliegt hat.“ Der Friedensvertrag, den die Entente Deutschland diktiert, will, fordert er nicht durch seinen imperialistischen Geist heraus zu einem Rückschlag auf die Willkür der Ententemächte am Ausbruch des Weltkrieges? Ein Stück Papier nannte eine dänische Zeitung die Friedensbedingungen, ein Stück Papier, über das die Ereignisse und das Leben hinwegfluten werden...

Auch für Deutschland lebet die Zeit zurück, wo man dort das Frühlingswunder in seiner schöpferischen Schönheit wieder in vollen Zügen genießen wird, wie es heute hier mit lächelnder Angst Kopenhagen erlebt.

Notizen.

— Eine „Sturm“-Overtüre. Jüngst in seinem fünften Sinfonie-Konzert führte Felix Weingartner auch eine Overtüre zu Shakespeares Komödie „Der Sturm“ auf. Dies sein neuestes Werk ist das Produkt einer äußerst glücklichen poetischen Eingebung. Tief aus dem Geist der Dichtung herausgeholt; so melodisch als plastisch gehalten und mit glänzenden modernen Mitteln instrumentiert. Gleich einmündig die Sturmszene mit dem Schiffsuntergang frapieret. Eigenartig ist dann ein Höflichkeit mit obligater Choebereitigung. Und nun bekommen allerdings Dänemark, wie sie sich in Shakespeares Volkstümlichkeiten verführern; die Ober-mare, die Geinen, die Cellos sprechen miteinander; ein toller Spah und Stul ist den Felskü. Wie vielleicht gerate sich der Tonfächer geliebter als beidmal. Es ist ein kraftvoller gerin-lischer Wurz und wird zu dem Drama, das er musikalisch ausdruckt, eine treffliche Figur machen.

— Max Slevogt hat neuerdings den berühmten Bericht von Ferdinand Cortez über die Eroberung Mexikos mit 112 Feder-schnitten illustriert. Der Verlag von Bruno Cassirer wird das Werk handgedruckt herausbringen.

— Theater. Franz Reumann, der Komponist der Oper „Der Sturm“, geht als Operndirektor an das Nationaltheater in Brunn.

— Musik. Das nächste Sonntagskonzert des Blühner-Orchesters bringt Werke von Richard Strauß und Johann Strauß.

Wir fürchten, Kaustky steht die Dinge zu theoretisch und zu wenig praktisch, wenn er von einem rechten Flügel der Unabhängigen spricht. Auf diesem "Flügel" steht er mit seinem Kampfe gegen den kommunistischen Wahnsinn beinahe ganz allein. Für uns ist die Einigung mit den Kommunisten, die in ihrem besten Teil politische Köpfe sind und noch viel zu lernen haben, natürlich ebenso ausgeschlossen wie für Kaustky, ebenso aber auch die Einigung mit jenen Unabhängigen, die aus "tollischen" Gründen der "kommunistischen" Verwirrung in Arbeiterköpfen Vorschub leisten. Eine Einigung ist nur auf dem Boden sozialdemokratischer Grundsätze möglich, die heute von den meisten Unabhängigen zugunsten unklarer Diktaturgelüste aufgegeben worden sind.

Die Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie kündigt in ihrem Organ "Der Bundschuh" einen deutschen Sozialistentag an, der in Berlin voraussichtlich am 21. bis 23. Juni im Sitzungssaal des Herrenhauses abgehalten werden wird.

Die Konsumgenossenschaften Deutschlands gegen den Gewaltfrieden.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Großtauchs-Gesellschaft und der Konsumgenossenschaftliche Arbeiterausschuß zu Hamburg erlassen folgenden Aufruf:

An die Genossenschaft aller Länder!

Der von den Vertretern der Verbandsmächte in Versailles den Vertretern des deutschen Volkes vorgeschlagene Friedensvertrag verstößt als Ganzes wie in zahlreichen Einzelheiten in so unerhörter Weise gegen alle genossenschaftlichen Anschauungen, Grundsätze und Bestrebungen, daß er den allerhöchsten Widerspruch nicht nur der deutschen, sondern aller aufrichtigen Genossenschaftler der ganzen Welt hervorrufen muß.

Aus deutschem Gebiete sollen große Teile alten deutschen Kulturlandes mit ungewisshafter rein deutscher Bevölkerung wider deren Willen und unter schlimmster Mißhandlung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen herausgerissen, jahrhundert alte, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge sollen gewaltsam zersplittert, und das deutsche Volk, soweit es nicht irgendeinem Staate zwangsweise angegliedert wird, soll auf unbeschreibliche Zeit zum Profiteur des schrankenlosen, imperialistisch-unerfülllichen Kapitalismus erniedrigt werden.

Ein solcher "Friede" würde den geplanten Völkerverbund zu einem widerwärtigen Zerstückeln einer Völkergemeinschaft herabwürdigend und der Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens unüberwindliche Hindernisse bereiten. Wie in der eingetragenen Genossenschaft die völlige demokratische Gleichberechtigung aller Mitglieder die Voraussetzung ihrer gedeihlichen Wirkens ist, so kann auch im Völkerverbund nur auf der Grundlage einheitlicher wirtschaftlicher Existenzbedingungen und politischer Rechte der Genossenschaftsgedanke sich fruchtbar betätigen und den friedlichen Wettbewerb der Völker in segensreicher Kulturarbeit sichern.

Die Genossenschaftsbewegung ist antikapitalistisch; ein Friede, der ein Volk von 65 Millionen Menschen ungehemmter, dauernder kapitalistischer Ausbeutung preisgibt und ihm zugleich alle Möglichkeit raubt, sich aus dieser Abhängigkeit freizumachen, muß daher als genossenschaftsfeindlich gebrandmarkt werden. Er würde vor allem dem entrechteten deutschen Volke die genossenschaftliche Umgestaltung seiner Volkswirtschaft, deren es zur Erfüllung aus seiner Not dringend bedarf, geradezu verbieten.

Die deutschen Konsumgenossenschaften wissen sich eins mit dem ganzen deutschen Volke und bekunden diese Übereinstimmung ausdrücklich, wenn sie erklären, daß der unter Mißbrauch des deutschen Volkes den Gegnern entgegengedragenen Vertrauens, unter hinterhältigem Bruch gegebener Zusicherungen und im Widerspruch mit Gerechtigkeit und Vernunft geplante Gewaltfrieden einen Haß auf das genossenschaftliche Ideal der Völkervereinigung und des Weltfriedens und eine dauernde, unerträgliche Gefahr für diese besteht, deren Abwendung sittliche Pflicht aller human und ehrlich denkenden Menschen und Völker ist.

Italiens Kolonialforderungen.

Paris, 15. Mai. Laut "Zeit Paris" verlangt Italien nunmehr auf Grund des Vertrages von 1915 ansehnliche der Vergrößerung des französischen und englischen Kolonialreiches in Afrika die ihm zukühende Schadloshaltung an den Grenzen seiner Kolonien. Ein Ausfluß, in dem Lord Balfour England, Herr Simon Frankreich und Herr Orlando Italien vertritt, soll diese Frage erörtern; man soll Italien zwei von den Vorkäufen an der tunesisch-tripolitanischen Grenze, einen Teil von englisch-Somaliland und ein Gebiet nördlich von Djibouti abtreten wollen.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Haltung der Börse kennzeichnet sich auch heute als Schwäche bei sehr stillen Geschäft. Vorherrschend wirkte in erster Linie der weitere Rückgang der Kriegsanleihen auf etwa 78% Proz. Am Montanmarkt zeichneten sich nur Kupfer als fest aus, für Bergmann Elektricitätswerke regten die günstigen Abschlußkoeffizienten zu Käufen an. Höher stellten sich sodann einzelne Auslandswerte. Im übrigen bildeten aber Kursrückgänge die Regel. Neben Kriegsanleihen waren auch sonstige heimische Rentenwerte angehalten.

Textilwarenmesse in Danzig.

Danzig, 15. Mai. Die Textilwarenmesse, die der Einkaufsverband Ostern vom 15. bis 18. Mai veranstaltet, wurde heute nachmittags eröffnet. Sie bedeutet einen außerordentlichen Erfolg für den Textilhandel. Die Zahl der Aussteller aus allen Teilen des Reichs war außerordentlich groß. Vertreten sind die größten Firmen der Branche aus dem Reich. Die Zahl der bis heute in Danzig eingetroffenen Einkäufer aus Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesiens ist sehr groß.

Gewerkschaftsbewegung

Die Telegraphenarbeiter gegen den Streik?

In einer hart besetzten Mitgliederversammlung des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter, Sozialarbeiter und Handwerker erklärte am Donnerstagnabend der Bundessekretär Wallentin den Bericht über die Verhandlungen vor dem Lohnamt des Reichsarbeitsministeriums. Er führte unter anderem aus: Kurz vor Ausbruch des Krieges betrug der Mindestlohn in Berlin 4,25 Mk., der Höchstlohn 5,40 Mk. Nach schweren Kämpfen ist es gelungen, den Anfangslohn auf 6,00 Mk. und den Höchstlohn (nach 15 Dienstjahren) auf 11,05 Mk. zu erhöhen. Für Ledige kommt noch eine Teuerungszulage von 4 Mk. pro Tag und für Beiratete eine solche von 4,25 Mk. hinzu, die sich bei den letzteren auf 4,20 Mk. bei einem Ende bis zu 6,90 Mk. bei 7 Kindern erhöht.

Die Forderungen in der Kollegenchaft ging so weit, daß sich die Organisationsleitung veranlaßt sah, ihre ursprünglichen Forderungen an die Reichspostverwaltung wesentlich zu erhöhen. Als Grundlage für die Verhandlungen stellten wir eine 60prozentige Erhöhung der Löhne und Teuerungszulagen auf. Bei dem am 22. April begonnenen Verhandlungen erklärte sich Minister Wiesbeck im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern bereit, uns wirtschaftlich mit den Eisenbahnbeamten gleichzustellen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen unterbreiteten wir unsere Forderungen dem Lohnamt vor dem am 1. Mai unter Vorsitz des Landgerichtsrats Wulf die Verhandlungen begannen. Es stellte sich zwischen dem Entwurf der Postverwaltung und unseren Forderungen eine Differenz von 240 Mk. heraus. Wir waren sofort bereit, entgegenzukommen und trichen von allen Forderungen 1 Mk. in der Annahme, daß die Verwaltung als der wirtschaftlich härteste Teil den Rest von 140 Mk. aufbringen würde. Die Verwaltung erklärte, daß sie eine jährliche Mehrausgabe von 250 bis 300 Millionen bei Erfüllung unserer Forderungen habe, obwohl wir unsere Forderungen nur für ein Vierteljahr gelten lassen wollten, um dann sofort an den Abbau der Löhne zu gehen, falls es der Regierung gelungen ist, die Lebensmittelpreise herabzudrücken.

Wir sind mit dem Resultat der Verhandlungen nicht zufrieden, aber im Interesse des deutschen Volkes verzichten wir in dieser schweren Stunde auf den Streit!

Den Schiedsspruch lehnen wir aber ab. (Stürmischer Beifall.) Da wir für die Feiertage immer noch keine Bezahlung bekommen, haben wir durch den Rationalisiererrat einen Schaden von 15 bis 18 Mk. erlitten. Von der Forderung nach Bezahlung der Feiertage gehen wir nicht ab. (Bravo!) Die Verwaltung hat uns die gleichen Löhne, wie sie die Eisenbahner haben, zugesagt, da dieselben die jetzigen Lohnsätze schon seit dem 16. Dezember 1918 beziehen, verlangen wie die Nachzahlung statt vom 1. März, wie sie der Schiedsspruch zubilligt, vom 1. Januar. In Ihre Hand ist eine wichtige Verantwortung gelegt. Wenn Sie heute den Streit beschließen, dann werden in zwei Stunden die Verbindungen Versailles-Berlin unterbrochen sein. (Weinung.) Seien Sie sich Ihrer Verantwortung bewußt. Wie das deutsche Volk gegenüber seinen Feinden, so werden wir Telegraphenarbeiter gegenüber der Verwaltung bestrebt sein, unsere Niederlage auszugleichen. (Beifall.)

In der Diskussion werden eine Reihe von Entschlüssen verlesen, die sich zum Teil gegen die Ablehnung des Schiedsspruches richten, während sämtliche Redner für Ablehnung eintreten. In geheimer Abstimmung wird der Schiedsspruch mit 1005 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Einstimmig nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der das geringe Entgegenkommen der Postverwaltung bedauert und ausgesprochen wird, daß man bereit ist, den Schiedsspruch anzunehmen, wenn die Nachzahlung ab 1. Januar 1919 gewährt wird. Auf die Anwendung des Streikrechts wird in dieser schweren Stunde des Vaterlandes verzichtet. Ein Antrag, der die Aufrechterhaltung der grundsätzlichen Forderungen fordert, findet einstimmige Annahme. Die Reichspostverwaltung und die Regierung werden zum Schluß aufgefordert, für Abbau der Lebensmittelpreise zu sorgen.

In der Versammlung wurde vom Bundesvorsitzenden Wallentin hervorgehoben, daß die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht „illoyal“ seien, weil nach seiner Ansicht der Vorsitzende parteiisch gewesen sei und weil ein Vertreter der Postverwaltung gefügt habe; er nehme für die Verwaltung Partei. Nach Wallentin's Auffassung, die auch alle Diskussioner teilten, müssen alle Mitglieder eines Schiedsgerichts unparteiisch sein. Diese Ansicht ist durchaus richtig. Ein Schiedsgericht besteht aus Vertretern der streikenden Parteien, der Vorsitzende ist ein Unparteiischer. Die Vertreter der Streikenden haben selbstverständlich die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, die Partei ihrer Auftraggeber zu ergreifen. Herr Wallentin wird doch genau daselbe getan haben, ist also nach seiner Ansicht parteiisch und von der Gegenseite abzulehnen. Das ist natürlich eine Unmöglichkeit. Da für die Befangenheit des Vorsitzenden keine Beweise angeführt wurden und der andere Einwand hinfällig ist, dürfte kein Zweifel darüber möglich sein, daß der Schiedsspruch nicht illoyal — sondern gütig ist!

Gegen das Urteil im Liebknecht-Luzemburg-Prozess.

Eine Betriebsversammlung der Adelswerke Oberpreußen nahm gegen 2 Stimmen folgende Entschließung an: Die heutige Betriebsversammlung der AGO. und MBO. in Oberböschungweide erhebt den schärfsten Protest gegen das Urteil im Prozess Liebknecht-Luzemburg. Die Versammelten sind der Meinung, daß dieses Schandurteil eine Schmach für die Gerechtigkeit und eine Verleumdung der gesamten arbeitenden Bevölkerung bedeutet. Es ist der Beweis erbracht, daß es noch nie vor eine Klassenjustiz in Deutschland gibt und daß in dieser Hinsicht sich seit dem 9. November 1918 nichts geändert hat. Die Versammelten geloben, dieses Urteil nicht ruhig hinzunehmen, sondern alles zu tun, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen, was nur dadurch geschehen kann, daß wir mitarbeiten an der Verwirklichung des wahren Sozialismus.

Verfahrensangelegenheiten im Zentralverband der Handlungsgeschäftsleute, den 19. er., abends 7 Uhr, in den Kuffsteinen, Kaiser Wilhelmstraße 31; Vertretung der Funktionäre und Betriebs-Vertrauensleute. Mitgliedsbuch bezw. Ausweis. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Angelegte der Gesundheitsindustrie. Der Tarifvertrag M im Erdmischer und zum Preise von M. — 20 in der Geschäftsstelle des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Berlin, 7, zu beziehen.

Groß-Berlin

„Vor und hinter den Kulissen“.

Zu diesem Artikel schreibt uns der Wohnungsverband: Die Baukassenbeschaffung ist durch den Kohlenmangel so erschwert, daß es der größten Anstrengung bedarf, um die begonnenen Wohnungsneubauten in Gang zu halten. Die Summe der vom Wohnungsverband für Neubauten in diesem Jahr berechneten Subventionen wird an 100 Millionen betragen; aber nur ein Teil dieser Bauten wird bei dem Mangel an Baustoffen tatsächlich ausgeführt werden können. Am Dienstag sind unter dem Vorsitz der Verbandsleitung die Lohnberechnungen der Bauarbeiter beigelegt worden, und es steht nunmehr die allgemeine Arbeitsaufnahme zu erwarten. Vor kurzem hat der Wohnungsverband die Dergabe Millionen hektarischen Siedlungslandes durchgeführt; für ländliche vom Risiko gekauften Ländereien sind Kleinhauskolonien in der Vorbereitung und Errichtung begriffen. Der Wohnungsverband steht also vor Geld und Mühe nicht zurück, um so schnell als möglich neue Wohnungen zu errichten, und die Verbandsleitung bevorzugt so weit als möglich dabei den gartenreichen Riadonau, möglichst als Einfamilienhaus.

Wenn auch Hochbauten subventioniert werden, so wird man dabei bedenken müssen, daß die Verbandsleitung gar nicht in der Lage ist, dem Verlangen der Hochbauvereine nach Subventionierung von Hochbauten die Erfüllung ganz zu versagen. Es ist aber erweislich, daß die Subventionierung, namentlich drei Viertel der Geldmittel dem Hochbau zuzuwenden und die subventionierten Hochbauten gesundheitslich in jeder Beziehung einwandfrei zu gestalten und zum Teil auch mit Hausgärten auszustatten.

Den außerordentlich zahlreichen Anträgen auf Subventionierung und Dergabe von Siedlungsland kann der Wohnungsverband trotz Aufwendung großer Mittel nur zu einem Bruchteil nachgeben; selbstverständlich stellt der Verband nur die gesundheitlich, sozial und finanziell einwandfreien Projekte in die enger Wahl. Vereinfacht, daß sich eine große Zahl ungeeigneter zusammenfindet,

die am Wohnungswirtschafts-Kreis teil. Die Kräfte mögen es sich gesagt sein lassen: für offene und ehrliche Kritik, die den Gehalt ohne Scheu nennt, und für Verbesserungsversuche auf diesem schwierigen Aufgabenfeld ist die Verbandsleitung nur dankbar.

Vorschläge Charlottenburg zur Forderung der Wohnungsbauf.

Durch die Fortdauer der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt hat sich der Magistrat Charlottenburg veranlaßt gesehen, mit neuen Vorschlägen zum Schutze der Wohnungsuchenden an die Regierung heranzutreten. Die Einführung der Meldepflicht für alle verfügbaren Wohnungen allein genügt nicht, um dem Miet- und Wohnungsmangel erfolgreich zu begegnen. Daher werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Das Verbot entgeltlicher und gewerblicher Wohnungsvermittlung für Groß-Berlin, das Verbot der Auslobung, Zahlung und Annahme von Vergütungen neben der Zahlung des Mietzinses und das Verbot der Veröffentlichung von Wohnungsangeboten durch die Tageszeitungen, der durch öffentliche Mitteilungen ohne genaue Namens- und Wohnungsangabe des verfügungsberechtigten Vermieters. Falls sich diese Maßnahmen als unzureichend erweisen, wird empfohlen, die Wohnungsvermittlung dem öffentlichen Wohnungsnachweis vorzubehalten oder wenigstens der Genehmigung des Wohnungsamtes zu unterstellen.

Zum besonderen Schutze der Mieter sucht der Magistrat für Charlottenburg beim Staatskommissar für das Wohnungswesen um die Ermächtigung zu der Anordnung nach, daß der Vermieter einer seit 1. Juli 1917 dauernd oder zeitweise vermieteten Wohnung unverzüglich dem Magistrat Anzeige zu erstatten hat unter Angabe des alten und neuen Mietpreises, wenn die Wohnung zu einem höheren Mietpreise neu vermietet wird, und daß ferner das Mietverhältnis auf Anrufen des Magistrats den neu vereinbarten Mietzins auf eine angemessene Höhe herabsetze darf.

Am Randmord am Kurfürstendamm wird mißtraut: Die Charlottenburger Kriminalpolizei verfuhr im Laufe des gestrigen Tages durch Neugierberühmungen möglichst genaue Klarheit über die Vermögensverhältnisse des ermordeten Generalverwalters Wendelstadt zu schaffen. Es sind aber nur wenig Leute, die einigen Einblick in diese Verhältnisse hatten und diese oder jene Auskunft geben konnten. Die von anderer Seite verbreitete Mitteilung, daß der Ermordete gerade in der Kriegszeit ein schmerzlicher Mann geworden sei, trifft nicht zu. Nichts ist vielmehr das Gegenteil. Sein Geschäft ging seit dem Jahre 1916 immer mehr zurück, so daß Wendelstadt, der seine Nebenbuhler fortwährend in seine Sammlungen hineinsteckte hatte, schließlich sogar wirtschaftlich in Schwierigkeiten geriet.

Drei mutmaßliche Mörder des Kriminalpolizei. In der Wundstiche 11 sind nun gestrichen auf dem Hausflur ein Paket mit der Leiche eines neugeborenen Knaben. In Noabit trieb gestern abend die nackte Leiche eines neugeborenen Knaben in der Erde. Sie wurde am Meißnerplatz zwischen Wölfe und Fußbede gelandet und nach dem Scheitern gebracht. In der Grenadierstraße 24 fand man heute früh 6 Uhr die Leiche eines neugeborenen Kindes.

Ueberraschen und schwer verletzt wurde gestern an der Ecke der Lohmannstraße und des Kottbusser Damms ein Mädchen von etwa 5 bis 6 Jahren. Es wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht und ist noch nicht bekannt. Die Verunglückte hat blondes Haar und trug ein rotes Kleid, einen gelben Lederbeutel, eine blauweiße gestreifte Schürze mit rotem Band, schwarze Schürzhüte und eine geläutete Haarschleife.

Das Stadion im Gensersiedel wird am kommenden Sonntag zum erstenmal für Berufs-Tenisturne geöffnet sein, und zwar werden sich auf der Radrennbahn die bekanntesten Berufs-Rennfahrer in einem über 100 Kilometer währenden Radrennen treffen. Es treten u. a. Selow, Romanow, Bauer, Krupat, Schupke und Thomas. Neben den Berufs-Fahrern kommen auch die Amateure zu Wort, da sich an 60 der bekanntesten Berufsfahrer in fünf Vereinen, drei Profiteams und einem Einzelmann messen werden. Das großzügige Programm nimmt um 4 Uhr seinen Anfang.

Der „Wahre Jakob“ ist erschienen und gelangt zur Ausgabe.

Sozialdemokratische Arbeitstagesmehrheit in Ostpreußen. Die Arbeitstagesmehrheit haben folgende Resultate ergeben: Bürgerliche 15, Reichheitssozialisten 15, Unabhängige 2.

Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Marktfahrer-Verein „Solidarität“. 2. Abt. Tour des Samstags, den 18. Mai, vorm. 8 Uhr Treffpunkt zum Frischkochen, anschließend Fußballwettkämpfe. Vorm. 11 Uhr nach Hagen-Rennhof zur Geschäftsverhandlung unserer Leiter mit dem Verbanden heute erlassenen Sports- und Parteiprotokollen. Radrennen gemäß. Besondere Einladung 2. Abt. in Berlin. Start: Sonntag, den 18. Mai, 10 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Sonntag, den 18. Mai.

Arbeiter-Kollegenverband. Samstag, 7 Uhr, Versammlung im Friedrich-Wendelstadt-Saal, Rodeowalder 12. Vortrag: Gegenwärtige Lage der Arbeiter im Reichstagskampf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Sonntag vormittag 11 Uhr, Demonstration vom Potsdamer Platz nach dem Tierpark. Die Genossen und Genossinnen werden ermahnt, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Teltow. In einer am 14. Mai im Teltow erst jüngst beschlossenen Parteiverammlung gegen den Genossenschaftler referierten die Genossen Gehrle, Kuhnmann und Waisner über die Parteipolitik des Reichstagssozialismus im Reichstagskampf. Die am Schluß der Versammlung verlesene Resolution gegen den Genossenschaftler wurde gegen die Stimme eines Feldtrüben angenommen.

Jugendveranstaltungen.

Wedding. Centre, 1/2 11 Uhr, im Lokale von G. O. G. Gensler, Wedding 10: Militärische Versammlung. Vortrag: „Die Entwicklung unserer Jugendbewegung“.

Aus aller Welt.

Wie gründlich wir sind.

Das Telegrammenamt in Stettin hat unter dem 28. April erneut auf die Bestimmungen für die Abreise hingewiesen. Sie sind so interessant, daß wir sie im Wortlaut wiedergeben:

1. Für jede der drei Abteilungen des Verkehrsamtes hängt ein Abortschlüssel am Heberispult der Abteilungsteilers. Jeder Beamte hat zunächst nur Anspruch auf den Abortschlüssel — seiner Abteilung. Wenn er den Schlüssel beantragen will, hat er nach Zustimmung des Abteilungsbeamten die Zeit seines Ausreitens im Dienstbefehlsbuch zu vermerken, den Schlüssel — seiner Abteilung — am Aufschlüssel abzugeben und nach gegebener Benutzung — umgekehrt — dorthin wieder zurückzubringen. Die Schlüssel dürfen also nicht in den Verkehrsbereich oder zu anderen Dienststellen mitgenommen werden. Jeder Beamte, der den Schlüssel vom Aufschlüssel entnimmt, ist persönlich dafür verantwortlich, daß der Schlüssel auf — das ist zu betonen — wieder an den Aufschlüssel zurückgelangt; er darf sich nicht damit entschuldigen wollen, den Schlüssel — unterwegs — einem anderen Beamten gegeben zu haben.

2. Bei sämtlicher Handhabung dieser Anordnungen und bei der sehr geringen Zahl männlicher Beamtenkräfte wird der zugehörige Abteilungsbeamte für die Beamten der Abteilung in der Regel ausreichen. Für außergewöhnliche Bedarfsfälle soll es jedoch

